

Amt wehrt sich gegen Vorwurf

Von Konstantin Kraft

Im Jahr 2015 hatten die Stadtverordneten in Brüssow einstimmig beschlossen, dass die neu gebaute Kita nach Fertigstellung in die Trägerschaft der Stephanus-Stiftung geht. Dieser Beschluss wurde Ende Januar gekippt. Kritik wurde laut, auch am Amt Brüssow.

BRÜSSOW. Es brodelt in Brüssow. Grund dafür ist eine Entscheidung der Stadtverordneten von Ende Januar, die den bereits beschlossenen Trägerwechsel der Kita „Sonnenschein“ in die Hände der Stephanus-Stiftung verhinderte, der Uckermark Kurier berichtete. Befürworter des Trägerwechsels, vor allem betroffene Eltern, prüfen deshalb gerade die Durchführung eines Bürgerbegehrens, um den neuerlichen Beschluss erneut zur Disposition zu stellen.

Im Zentrum der Debatte um den Trägerwechsel steht das Amt Brüssow, das die Verwaltung der Kita für die Stadt übernimmt. Die Amtsdirektion weist den Vorwurf der Intransparenz, der im Umfeld mit der Entscheidungsfindung laut geworden ist, in einer ausführlichen Stellungnahme entschieden zurück. Die Amtsverwaltung könne den Nachweis erbringen, dass im Zeitraum zwischen 2014 und 2019 immer wieder Gespräche geführt und Vertragsunterlagen erarbeitet wurden, heißt es darin.

„Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Jahre 2015 waren viele Informationen nicht bekannt und diese führen heute zum Dialog“, erklärt Annett Hartwig, Amtsdirektorin in Brüssow. Ausgangspunkt für den Gedanken eines Trägerwechsels der Kindertageseinrichtung der Stadt Brüssow sei damals gewesen, „dass die firmaris gGmbH für die Stadt eine neue Kindertageseinrichtung bauen wollte“. Über die Abfrage von Fördermöglichkei-



Annett Hartwig, Amtsdirektorin in Brüssow, weist den Vorwurf der Intransparenz, der im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung zum Trägerwechsel der Kita „Sonnenschein“ in Brüssow laut geworden ist, entschieden zurück.

FOTO: MONIKA STREHLOW/ARCHIV

ten habe sich dann aber ergeben, dass die firmaris gGmbH nicht als Begünstigter in Betracht käme: „Aufgrund dessen fasste die Stadt Brüssow den Beschluss, den Förderantrag zum Bau einer neuen Kindertageseinrichtung zu stellen und somit war nicht die firmaris gGmbH Bauherr, sondern die Stadt Brüssow“, fasst Annett Hartwig zusammen.

Keine Reaktionen zu den Verwaltungskosten
Die drei Fördermittelgeber stellten die Amtsverwaltung vor eine große Herausforderung. Das erklärte Ziel: Das Projekt zu meistern und für die Stadt eine neue Kita zu schaffen. Neben der Realisierung des Bauvorhabens „wurden Verträge wie Mietvertrag, Unterrichtungsschreiben, Vertrag zur Überleitung der Kindertagesstätte in Brüssow und eine ‚Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kinderta-

gesstätten in freier Trägerschaft in der Stadt Brüssow‘ erarbeitet und mit der Stephanus gGmbH in der Amtsverwaltung besprochen und übergeben“, erläutert Annett Hartwig.

Eine mehrheitliche Zustimmung habe es dazu aber noch nicht gegeben, betont die Amtsdirektorin, vielmehr „erfolgten weitere Vertragsbesprechungen mit unserem Rechtsbeistand“. Die oben genannte Richtlinie zur Finanzierung der Kita besagt, „dass die Verwaltungskosten als Eigenleistungen des Trägers zu erbringen sind“, führt Annett Hartwig aus. „In den Änderungsvorschlägen und Anmerkungen war diesbezüglich seitens der Stephanus gGmbH keine Reaktion erkennbar.“

Aufgrund des Schreibens einer Stadtverordneten sei der geplante Trägerwechsel an die Stephanus gGmbH am 6. November 2018 erneut auf die Tagesordnung der Stadt-

verordnetenversammlung (SVV) gekommen, erläutert Annett Hartwig: „Die anwesende Stephanus gGmbH informierte in diesen Sitzungen nicht über die Erhebung von Verwaltungskosten in der besagten Höhe, sodass bis zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen werden musste, dass der Zuschuss an die Stephanus gGmbH in gleicher Höhe erfolgt, als ob die Stadt Brüssow selbst der Träger bleibt“, resümiert die Amtsdirektorin.

Weiteres Gespräch in Offenheit und Transparenz
Eine Woche später, am 14. November, habe ein weiterer Termin in der Amtsverwaltung mit der Stephanus gGmbH „mit inhaltlichem Schwerpunkt der Finanzierung des Kitabetriebes in aller Offenheit und Transparenz beider Gesprächspartner“ stattgefunden, so Annett Hartwig: „In diesem Gespräch erhielten wir als Verwaltung

erstmalig die Information, dass eine jährliche Verwaltungspauschale in Höhe von sieben Prozent von den Bruttopersonalkosten des gesamten pädagogischen Personals der Einrichtung seitens der Stephanus gGmbH erhoben wird und von der Stadt Brüssow zu finanzieren ist“, betont Annett Hartwig. „Im Jahr 2019 würde sich diese Verwaltungspauschale auf circa 28 300 Euro belaufen.“

In Abstimmung mit den Stadtverordneten und dem Rechtsbeistand der Verwaltung seien diese vertraglichen Gegebenheiten Anfang Dezember 2018 konkretisiert worden. „Im Zuge dessen erhielten die Stadtverordneten Kenntnis von den Verwaltungskosten der Stephanus gGmbH“, informiert Hartwig.

Im Rahmen dieser Beratungen sei dann auch der Verlust der Einflussmöglichkeiten der Stadt Brüssow auf die Gestaltung der Kita deutlich geworden, so die Amts-

direktorin. Auch wurden Bedenken hinsichtlich der konfessionellen Bindung der Arbeit in der Kita laut. Vor diesem Hintergrund habe der Bürgermeister der Stadt Brüssow im Benehmen mit der Amtsdirektorin den Trägerwechsel auf die Tagesordnung der SVV am 29. Januar 2019 setzen lassen.

„Die in der Stadtverordnetenversammlung vom Amt Brüssow genannten eigenen jährlich anfallenden kalkulierten Verwaltungskosten in Höhe von 4731,88 Euro beziehen sich auf den ermittelten Zeitaufwand der entsprechenden Stelle des Amtes für den Bereich Kindertageseinrichtungen“, erklärt Annett Hartwig. Für die Kalkulation wurden die Bruttopersonalkosten, die Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes und der Verwaltungsgemeinkosten-satz einbezogen und anteilig auf die fünf Kitas des Amtes zurückgerechnet.

Bürgerbeteiligung war stets gegeben

Seit 2014 habe es durch öffentliche SVV, Ortsbeiratssitzungen und Elternversammlungen stets Bürgerbeteiligung gegeben, versichert Annett Hartwig: „Den Vorwurf der Intransparenz weise ich entschieden zurück“, so die Amtsdirektorin weiter. „Über veränderte Sachlagen wurden die Beteiligten vom Amt Brüssow stets zeitnah informiert.“

Entsprechend des jeweiligen Kenntnisstandes der Verwaltung habe es bei öffentlichen Sitzungen auch immer Antworten gegeben, betont Annett Hartwig: „Unser Verwaltungshandeln ist an Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und Beschlüssen ausgerichtet und verpflichtet uns zur Information über die aus einem Trägerwechsel entstehenden Mehrkosten für die Stadt Brüssow.“

Kontakt zum Autor
k.kraft.nordkurier.de

23-jährige Fahrerin reagiert positiv beim Drogentest

SCHWEDT. Am späten Donnerstagvormittag hielten Polizisten in der Schwedter Brückenstraße einen VW Passat zur Kontrolle an. Dessen 23 Jahre alte Fahrerin schien nicht wirklich nüchtern ge-

wesen zu sein. Tatsächlich erbrachte ein Drogentestgerät ein positives Ergebnis. Die junge Frau musste das Auto stehen lassen und erwartet nun ein Ermittlungsverfahren.

CDU stellt ihre Kandidaten auf

In gut drei Monaten wird in Brandenburg gewählt. Die CDU Uckermark will jetzt ihre Kandidaten benennen.



UCKERMARK. Am 26. Mai finden landesweit Kommunalwahlen statt. Die Parteien und Wählergruppen bringen bereits ihre Kandidaten in Stellung.

Am Sonnabend, dem 16. Februar, treten die Christdemokraten der Uckermark zu ihrer Mitgliederversammlung zusammen, um die Abstimmung über die Kandidatenlisten für die anstehende Kommunalwahl vorzunehmen, kündigte Carolin Bucher-Schulz als Mitgliederverbeauftragte der CDU in einer Pressemitteilung an.

Ab 10 Uhr treffen sich die CDU-Mitglieder dazu im Forum der Prenzlauer „Uckerwelle“ in der Brüssower Allee. Dabei wollen sie die Kandidatenlisten für die vier Kreiswahlkreise aufstellen.

Im Anschluss werden auch die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung in Gartz und Brüssow, den ehrenamtlichen Bürgermeister von Brüssow, die Gemeindevertretungen Gerswalde, Milmersdorf und Boitzenburger Land sowie für die Ortsbeiräte Haßleben, Klaushagen und Warthe nominiert.

Nach den Wahlen wollen die Mitglieder dieser Partei ein Standpunktepapier der CDU Uckermark zur Kommunalwahl diskutieren und verabschieden.

Wahlberechtigt sind am 26. Mai alle Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie Unionsbürger ab Vollendung des 16. Lebensjahres.

Kontakt zum Autor
red-prenzlau@nordkurier.de

**Programmtipp**

Kanzlerin im Fokus

UCKERMARK. Heldinnen des Alltags aus der Uckermark und Mecklenburg-Vorpommern zeigen die Kollegen des UM.tv-Fernsehens im Wochenrückblick. Dahinter verbirgt sich ein Fotoshooting auf der Odertalbühne in Schwedt.

Aus Templin sind Bilder vom Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim Neujahrsempfang in ihrer Heimatstadt

zu sehen. Die 64-Jährige sorgte für viel Aufsehen und ein hohes Aufgebot an Medienvertretern und Polizei.

Die Beiträge laufen im Programm, das ab 19.30 Uhr auf dem Kanal BB-MV-LokalTV beginnt und alle drei Stunden wiederholt wird. Änderungen behält sich UM.tv vor.

www.uckermark-tv.de

Anzeige

Regionaler Ausbildungstag Templin

23. Februar 9.00 bis 12.00 Uhr

Oberschule Templin Dargersdorfer Straße 14

30 Betriebe & Institutionen bieten:

Freie Lehrstellen und Praktika in der Region

Eine Gemeinschaftsinitiative der Agentur für Arbeit in Templin, der Oberschule Templin und des OSZ Uckermark in Templin